

Steuergerechtigkeit?

Wir brauchen tiefere, nicht höhere Steuern

von

Reiner Eichenberger*

Bald stimmen wir über die „Steuergerechtigkeitsinitiative“ der SP ab. Gemäss ihrer Hauptforderung müssen die Kantons- und Gemeindesteuern auf Einkommen ab 250'000 Franken mindestens 22 Prozent betragen. Das heisst fünferlei:

- Massive Steuererhöhungen für bessere Einkommen in Kantonen mit bisher vernünftiger Besteuerung auf wenigstens 35,2 Prozent (inkl. Bundessteuer).
- Mehr anreizmindernde Umverteilung zwischen den Kantonen, da die SP den zu Steuererhöhungen gezwungenen Kantonen ihre Mehreinnahmen wegnehmen und auf die Kantone mit überhöhten Steuern umverteilen will.
- Eine weitgehende Einschränkung der Möglichkeiten ärmerer Kantone, ihre Lage mit attraktiver Steuerpolitik zu verbessern.
- Eine massive Schwächung der internationalen Standortattraktivität der Schweiz.
- Eine Untergrabung des Schweizer Föderalismus und des effizienzsteigernden Steuerwettbewerbs.

* Prof. Dr. Reiner Eichenberger ist Leiter des Seminars für Finanzwissenschaft der Universität Fribourg (Schweiz) und Forschungsdirektor von CREMA (Center for Research in Economics, Management, and the Arts).

Anschrift: Bd. de Pérolles 90, Universität Fribourg, CH-1700 Fribourg,
Tel. 0041 26 300 82 62/65, Fax 0041 26 300 96 78, e-mail reiner.eichenberger@unifr.ch.

Natürlich dürfen die SP-Politiker das verlangen. Ärgerlich ist aber, wenn sie die Argumente frei erfinden. So behaupten sie, die Vorteile des Steuerwettbewerbs seien nicht belegt. Dabei sprechen die wissenschaftlichen Erkenntnisse klar für die vielfältigen Vorteile von Steuerwettbewerb.

Steuerwettbewerb zwingt die Kantone und Gemeinden nicht nur, ihre Leistungen effizienter zu erbringen. Er ist viel wichtiger und für unseren Föderalismus grundlegend. Die Bürger wägen die Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen nur dann vernünftig ab, wenn sie die Kosten selbst tragen müssen. Deshalb müssen die kantonalen und kommunalen Steuern möglichst flexibel von den örtlichen Leistungen abhängen. Solch flexible Steuersätze bedeuten aber ganz automatisch auch Steuerwettbewerb. Zudem sind lokale Steuerautonomie und damit -wettbewerb unabdingbar für das gute Funktionieren der direkten Demokratie. Wenn die Steuersätze nicht gesenkt werden können, kann lokal nur noch entschieden werden, *wofür* Geld ausgegeben werden soll. Dann versucht jede Interessengruppe, möglichst viele öffentliche Mittel auf ihre Projekte zu lenken. Für allgemeine Sparsamkeit setzt sich aber niemand mehr ein. Sobald hingegen die Steuersätze gegen unten flexibel sind, können die Bürger auch entscheiden, *wieviel* Geld sie ausgeben oder ob sie die Steuern senken wollen. Erst das gibt ihnen die für das Funktionieren der Demokratie entscheidenden Anreize, für einen sparsamen und effektiven Mitteleinsatz einzutreten und Politikmassnahmen auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive zu betrachten.

Die stereotype Kritik der SP am Steuerwettbewerb folgt aus dem „Nirwana-Ansatz“. Sie misst die reale, unvollkommene Welt mit Steuerwettbewerb an einer wettbewerbslosen Idealwelt. Doch das ist Unsinn. Die reale Alternative zu Steuerwettbewerb ist nicht Gleichheit und eitel Steuerharmonie. Bei Vereinheitlichung und Harmonisierung der Steuern *verlagert sich der Wettbewerb* auf andere Instrumente – zumeist mit nachteiliger Wirkung.

So wird oft behauptet, starker Steuerwettbewerb unterwandere die Einkommensumverteilung. Tatsächlich aber sind die regionalen Einkommensunterschiede in fast allen Ländern mit einheitlichen Steuern weit ausgeprägter als in der Schweiz.

Genau so unfundiert ist die Behauptung, Steuerwettbewerb führe zu ruinöser Konkurrenz und Auszehrung des Staates. Gerade in den Ländern mit einheitlichen und überhöhten Steuern türmen sich die Finanzprobleme auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene und kann der Staat seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen. Anders in der Schweiz. Hier gibt es keine Evidenz für ruinösen Wettbewerb und Auszehrung des Staates. So hat auch hier die Staatsquote in den letzten Jahrzehnten massiv zugenommen, wenn auch dank Steuerwettbewerb auf tieferem Niveau als im umliegenden Ausland.

Tatsächlich droht ruinöse Konkurrenz gerade bei Steuervereinheitlichung. Je eingeschränkter die Kantone und Gemeinden bei der Festlegung ihrer Steuersätze sind, desto mehr nutzen sie andere Instrumente, insbesondere Steuerschlupflöcher, Spezialabkommen, gezielte Zuwendungen und Subventionen, um gute Steuerzahler und Unternehmungen anzuziehen. Im Unterschied zum Steuersatzwettbewerb haben aber solche Subventions- und Steuerschlupflochwettläufe riesige Kosten, und sie führen zu weit grösserer Ungleichheit. Beispiele sind aussergewöhnliche Infrastrukturleistungen für Unternehmungen, Steuerrabatte, oder der Verkauf von staatseigenem Land zu Vorzugskonditionen. Das wird dann zwar oft „Wirtschaftsförderung“ genannt, ist aber ganz einfach nur die reale, schlechte Alternative zu allgemeinem Steuerwettbewerb.

Schliesslich ist auch das Argument der SP falsch, ihre Initiative treffe ja nur die hohen Einkommen und damit nicht den gesamten Steuerwettbewerb. Doch Steuerwettbewerb spielt vor allem um die guten Steuerzahler, wobei dann alle Steuerzahler von den tieferen Steuern und dem besseren Steuer-Leistungs-Verhältnis profitieren.

Deshalb brauchen wir keine „Steuergerechtigkeit“ à la SP durch Zwangssteuererhöhungen. Vielmehr brauchen wir das Gegenteil: Eine Steuersenkung in den Hochsteuerkantonen. Das liesse sich erstaunlich einfach bewerkstelligen. Denn gesunde Staatsfinanzen und eine tiefe kantonale und kommunale Steuerbelastung sind vor allem auch eine Folge guter politischer Institutionen. Dazu zählen insbesondere gut ausgebaute direkt-demokratische Rechte, eine weitgehende Gemeindeautonomie, und starke kommunale Rechnungsprüfungskommissionen. Diese Institutionen geben den Bürgern und Politikern Anreize und Möglichkeiten, eine gute und sparsame Politik zu betreiben. Die Hochsteuerkantone haben von all dem viel zu wenig und deutlich weniger als die Tiefsteuerkantone. Also, liebe SP-Politiker, könnten Sie nicht einmal eine sinnvolle Initiative zur Senkung ungerecht hoher Steuern durch fruchtbare institutionelle Reformen lancieren?

Anschläge: 5731